

Kommunale ePartizipation

Nürnberg: „Grüne Welle“ für eBeteiligungsverfahren

Die Kommunen reagieren damit auf einen Trend, der längst alle Bereiche des öffentlichen Lebens erfasst hat. So hat der Branchenverband Bitkom kürzlich das Kommunikationsverhalten von Verbänden unter die Lupe genommen. Die Ergebnisse sprechen für sich.

So nutzen bereits 58 Prozent der Verbände Soziale Netzwerke. Und immer mehr Verbände setzen CRM-Systeme und Online-Mitgliederportale ein.

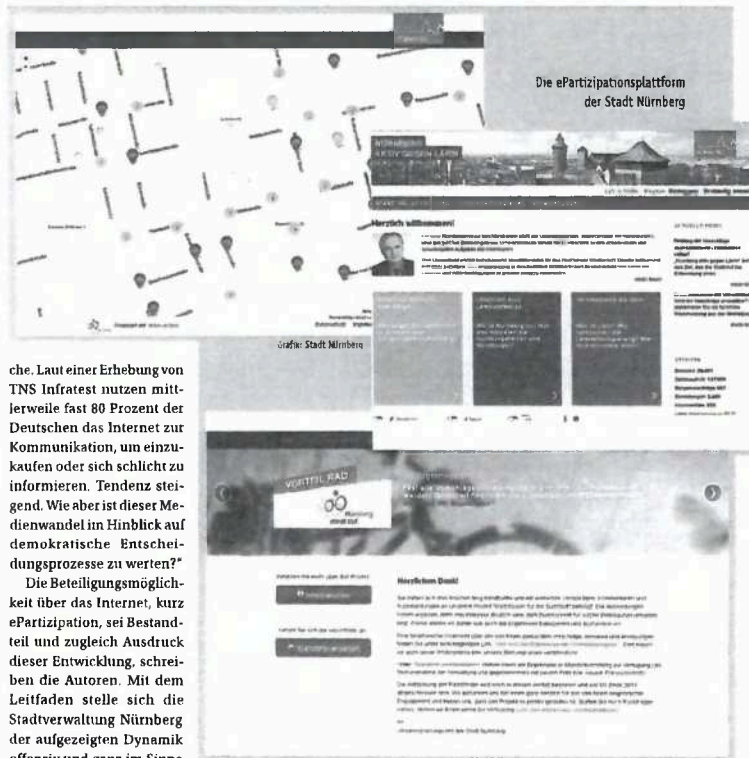
Dazu der Bitkom: „Die digitale Verbandskommunikation wird dynamischer und dialogorientierter. Für den Austausch mit Öffentlichkeit, Presse und Politik sind heute bereits 58 Prozent der Verbände in sozialen Netzwerken aktiv. 2010 lag der Anteil erst bei 37 Prozent. Besonders häufig werden Twitter (52 Prozent) und YouTube (40 Prozent) genutzt, um den klassischen Kommunikationsmix zu ergänzen.“

Für das Kommunikationsmanagement und den internen Austausch mit Mitgliedern und Mitarbeitern hätten sich in den vergangenen Jahren professionelle digitale Lösungen etabliert. Im Vergleich zu 2010 habe sich der Einsatz einfacher Adressdatenbanken fast halbiert. Die Lücken schlossen moderne CRM-Systeme, deren Anteil sich nahezu verdoppelt habe. Weiter an Relevanz gewonnen hätten personalisierte Online-Mitgliederportale, die von fast jedem zweiten (49 Prozent) Verband eingesetzt werden, meldet der Branchenverband.

ePartizipation als Medium politischer Gestaltung

Diesen Zusammenhang greift auch der ePartizipationsleitfaden (ePa-Leitfaden) der Stadt Nürnberg auf. So heißt es in der Einleitung des Leitfadens: „Interaktive, digitale Medien sind nicht erst seit Facebook ein fester Bestandteil vieler Alltagsberei-

ePartizipation ist „in“. Immer mehr Kommunen und Landkreise binden ihre Bürger in politische Entscheidungen ein. Und wo nicht, versucht man die Bürger wenigstens via Soziales Netzwerk zu informieren – wenn es sein muss, auch ohne den Segen des Datenschützers. Jetzt hat Nürnberg den ersten ePa-Leitfaden vorgelegt.



che. Laut einer Erhebung von TNS Infratest nutzen mittlerweile fast 80 Prozent der Deutschen das Internet zur Kommunikation, um einzukaufen oder sich schlicht zu informieren. Tendenz steigend. Wie aber ist dieser Medienwandel im Hinblick auf demokratische Entscheidungsprozesse zu werten?

Die Beteiligungsmöglichkeit über das Internet, kurz ePartizipation, sei Bestandteil und zugleich Ausdruck dieser Entwicklung, schreiben die Autoren. Mit dem Leitfaden stelle sich die Stadtverwaltung Nürnberg der aufgezeigten Dynamik offensiv und ganz im Sinne des eigenen Leitbildes. Dort heißt es: „Wir entwickeln und gestalten zusammen mit den Nürnbergerinnen und Nürnbergern Leben, Arbeiten und Wohnen in einer zukunftsfähigen und innovativen Stadt.“

Zur Umsetzung dieser anspruchsvollen Ziele gibt der Leitfaden eine klare Struktur vor. Die Verfasser des Nürnberger ePartizipationsleitfadens merken dazu an:

Der vorliegende Leitfaden richtet sich an stadtinterne Entscheidungsträger, die die Durchführung eines ePa-Verfahrens in Erwägung ziehen. Gleichzeitig kann das Do-

kument auch für Mitglieder des Stadtrates von Interesse sein, da es zu den Grundsätzen guter Politik gehört, eine möglichst breite Akzeptanz für politische Vorhaben zu erzielen. Dieser Leitfaden mag dabei Zugang zur Thematik der elektronischen Bürgerbeteiligung sein.

Die Ausführungen sind bewusst knapp gehalten, um einen schnellen Überblick über alle relevanten Aspekte von ePartizipation gewinnen zu können.

Es sei angemerkt, dass sich der Leitfaden vornehmlich auf Facetten der elektronischen Bürgerbeteiligung bezieht. „Konventionelle“ Partizipation ist insofern nicht vornehmlicher Bestandteil dieses Leitfadens.

Der vorliegende Leitfaden bietet Ihnen somit Hilfestellung für die Vorbereitung und Durchführung von elektronischen Beteiligungsverfahren. Er erläutert praktische Hilfestellungen, zeigt die ePa-Eignung von Projekten auf und identifiziert Erfolgsfaktoren von gelungenen Verfahren.

Kurze Checklisten als praxisnahe Hilfestellung

Diese praxisnahe Einstellung der Autoren setzt sich auch im weiteren Verlauf des Dokuments fort. So widmen die Verfasser der Begriffsbestimmung von ePartizipation ein eigenes Kapitel, befassen sich mit dem Nutzen und den Grenzen von ePartizipationsverfahren, nennen Erfolgsfaktoren für ePa-Verfahren und analysieren die Umsetzungsstandards ePartizipationsverfahren.

So werden als Erfolgsfaktoren genannt:

■ **Transparenz und Offenheit:** Transparenz und Offenheit sind sowohl Ziele als auch grundlegende Aspekte des gesamten Partizipationsgedankens. Rechtzeitige und umfassende Informationen über Inhalte, Verfahrensstände etc. erwirken das notwendige Vertrauen der Bevölkerung in entsprechende Beteiligungsformen und garantieren so eine erfolgreiche Umsetzung. Auf eine einfache Sprache ist dabei zu achten.

■ **Zugang und Einfachheit für Zielgruppen:** Da Repräsentativität und Qualität der Beiträge immer auch als zentrale Hemmnisfaktoren genannt werden, ist es wichtig, im Vorfeld Informationen zu den Zielen zu geben und die Ansprache

der Bevölkerung möglichst einfach und klar zu formulieren.

■ **Sicherheit und Verlässlichkeit:** Sicherheitsaspekte und Verlässlichkeit, dass Daten vertrauenswürdig behandelt werden, sind wesentliche Faktoren für eine erfolgreiche ePartizipation. Dass die veröffentlichten Meinungen und Auffassungen auf der ePartizipations-Plattform durch einen hohen datenschutzrechtlichen Standards gesichert sind, muss in der Kommunikationsstrategie unbedingt berücksichtigt werden.

■ **Beteiligungsmix zielführend:** Um eine breite Öffentlichkeit einzubeziehen, sind verschiedene Beteiligungskonzepte ein wichtiger Erfolgsfaktor. Nur wenn die Beteiligungen nicht nur über digitale Medien erfolgen, ist eine ausreichende Repräsentativität herzustellen. Es ist also ein ganzheitlicher Partizipationsansatz zu wählen.

■ **Wirtschaftlichkeit und Aufwand:** ePartizipationsverfahren verursachen im Verwaltungsalltag Aufwände. Diese sind frühzeitig einzuplanen und realistisch abzuschätzen.

■ **Attraktivität und Interesse:** Wenn die Inhalte des angedachten Verfahrens den Bürger kaum interessieren oder nicht im Mittelpunkt lokaler oder regionaler Diskussion stehen, wird man kaum ein großes Interesse erwarten können. Attraktivität und interessierte Bürger sind somit weitere wichtige Erfolgsfaktoren.

Der Clou des Leitfadens sind jedoch die Checklisten. Diese sollen es den Verantwortlichen in Nürnberg zum Beispiel ermöglichen, in wenigen Schritten zu entscheiden, ob ein bestimmtes ePartizipationsverfahren überhaupt umgesetzt werden kann. Eine „Stopp-Liste“ hilft dabei. Wird eine der Fragen dieser Liste mit „Nein“ beantwortet, ist die Durchführung eines Verfahrens nicht sinnvoll. Werden hingegen alle Fragen mit „Ja“ beantwortet, sind die Rahmenbedingungen für eine weitere Planung erfüllt. Eine Antrags- und eine Verfahrensliste sollen bei der Planung und Umsetzung des Verfahrens helfen. So hilft die Antragsliste Rahmenbedingungen und Zielsetzungen zu definieren und eine erste Grobplanung zu erstellen. Die Verfahrensliste widmet sich ganz den Fragen der Durchführung.

Nur eines fehlt dem Leitfaden noch: dass andere Kommunen – sollte er sich bewähren – ihn ebenfalls nutzen. mk

Beilage N 1.3 zur Sitzung
 des Personal- und Organisations-
 ausschusses vom 12. März 2015